

Bildungspolitik

Schwarz-Grüne Reform bedroht ihr eigenes Vorbild

Von Oliver Schirg 15. November 2008, 16:50 Uhr

Im Norden Hamburgs ist ein vornehmlich linker Bildungstraum schon bewährte Praxis: das gemeinsame Lernen bis zur 10. Klasse. Exemplarisch dafür steht die Albert-Schweitzer-Schule. Doch ausgerechnet dieses Vorzeige-Modell wird nun von den Reformplänen der Bildungsbehörde bedroht.



Foto: Pressebild.de/ Bertold Fabricius

Fröhliche Schüler auf dem Pausenhof der Albert-Schweitzer -Schule

Es nieselt. Der Nebel quält sich an diesem Novembertag aus dem Alstertal hinauf zur Wellingsbüttler Landstraße. Auf dem Schulhof der Albert-Schweitzer-Schule toben trotzdem die Schülerinnen und Schüler. Es ist große Pause. Eine Jugendliche im Teenageralter spielt mit einem Mädchen, das erst unlängst eingeschult wurde.

An der Albert-Schweitzer-Schule ist so etwas nichts Ungewöhnliches. Schüler der 7. und 8. Klassen übernehmen die Patenschaft für die ABC-Schützen, sagt Schulleiter Olaf Pahl. Die Sprecherin der Schüler- und Elterninitiative „Gib mir 10!“, Tamara Jarchow, ergänzt: „Es hat was von Geschwister sein.“

Das, wofür viele, vornehmlich linke Bildungspolitiker in Deutschland seit Jahrzehnten streiten, ist an dieser Schule im Norden Hamburgs mit ihren rund 650 Schülerinnen und Schülern seit langem Alltag. Wer hier eingeschult wird, der bleibt zehn Jahre. In derselben Klasse, in derselben Schule, mit denselben Freunden.

„Wir trennen nicht nach der vierten Klasse“, sagt Pahl. Die Kinder würden den „Wechsel“ von der Grund- auf die weiterführende Schule gar nicht merken. Weil es ihn nicht gibt. Tamara Jarchow spricht von „einer Schule aus einem Guss“ und davon, dass dieses lange gemeinsame Lernen der Grund für viele Eltern sei, ihr Kind an diese Schule zu schicken und dabei zum Teil lange Wege auf sich zu nehmen.

Das klingt idyllisch. Und nun bedrohen ausgerechnet die Pläne der Grünen-Schulsenatorin Christa Goetsch das erfolgreiche Konzept der Albert-Schweitzer-Schule. Die Politikerin will in eineinhalb Jahren in ganz Hamburg die Grundschulzeit von vier auf sechs Jahre verlängern und die sogenannte Primarschule einführen.

Diese Primarschulen sollen eigenständig sein, eine eigene Schulleitung sowie eine eigene Schul- und Lehrerkonferenz bekommen. In der Antwort auf eine kleine Anfrage der oppositionellen SPD kündigte die Bildungsbehörde an, dass sogar „eine eigenständige Programmplanung“ angestrebt werde.

Für die Albert-Schweitzer-Schule in ihrer bisherigen Form bedeuten diese Pläne, dass sie „geteilt“ werden würde. Tamara Jarchow nennt es denn auch unmissverständlich eine „Zerschlagung“. Der Schulleiter hält sich mit Hinweis auf seine Loyalitätspflicht gegenüber der Bildungsbehörde zurück. Aber auch die Pädagogen dürften die Reformpläne kaum nachvollziehen können.

64 Langformschulen gibt es derzeit in Hamburg – an ihnen werden die Schüler von der ersten bis zur zehnten Klasse, zum Teil bis zur 13., durchgehend unterrichtet. Darunter sind so preisgekrönte Schulen wie die Max-Brauer-Gesamtschule oder die Heinrich-Hertz-Schule. Allerdings formiert sich auch an diesen inzwischen Widerstand.

Dieser richtet sich gegen die (bislang) starre Haltung von Schulbehörde und den beiden Koalitionsparteien CDU und GAL. Die wollen keine Ausnahmen von der Schulreform zulassen. Stattdessen verweisen Bildungssenatorin Goetsch und ihre Sprecherin Annegret Witt-Barthel auf die derzeit laufenden regionalen Schulentwicklungskonferenzen (RSK). Dort könnten die Probleme besprochen werden.

In der Bürgerschaft wiederum sekundierten unlängst die bildungspolitischen Sprecher von CDU und GAL, Marino Freistedt und Michael Gwosdz, „ihrer“ Senatorin. Während Freistedt einen Antrag der oppositionellen SPD auf Erhalt der „Langformschulen“ als „pädagogischen Stillstand“ titulierte, bezeichnete Gwosdz die schwarz-grünen Reformpläne als „Umbau“. Der SPD-Bildungsexperte Ties Rabe vermutet hingegen, dass die Schulsenatorin allein die „Sorge vor Ausnahmen“ umtreibe. „Es ist unsinnig, nur um ein Prinzip einzuhalten, diese funktionierenden Schulen zu zerschlagen“, sagt der Politiker.

FOTO: PRESSEBILD.DE/ BERTOLD FABRICIUS



Elternvertreterin Tamara Jarchow und Schuldirektor Olaf Pahl

Auch Dora Heyenn, Fraktionschefin der Linken und selbst Lehrerin, kann die Sturheit der Behörde nicht nachvollziehen. Schließlich böten die Langformschulen fächerübergreifenden Unterricht und individuelle Förderung der Schüler. Das zu zerschlagen „ist unverantwortlich“, klagt Heyenn.

Rabe versteht den Widerstand der Schulsenatorin auch deshalb nicht, weil sie sich einerseits über die Probleme beklagt, die Kinder durch einen Schulwechsel bekämen. „Andererseits demontiert sie eine seit Jahrzehnten gewachsene und gut funktionierende Schulform, die diese Probleme im Griff hat.“

Dass eine Zerschlagung der Langformschulen zu Schulwechseln zwinge, liege auf der Hand, sagt Rabe, der an einem Gymnasium in Bergedorf arbeitet. Es dauere oft Monate, bis sich die Kinder in der neuen Umgebung wieder auf den Unterricht konzentrieren könnten. „Wertvolles Wissen über die Entwicklung der Kinder geht beim Schulwechsel verloren.“

Wertvoll sei aber auch das, was die Pädagogen an der Albert-Schweitzer-Schule lebten, sagt Schulleiter Pahl. Die sonst übliche Trennung zwischen Lehrern von Grund- und von weiterführenden Schulen kenne man hier nicht. „Bei jedem gibt es die Sensibilität für die Situation und die Probleme in dem anderen Schulbereich.“ Das zeige sich beispielsweise daran, wenn eine Mathematiklehrerin aus der dritten Klasse mit einem Mathelehrer aus der 8.Klassenstufe berate, an welchen Themen spezielle mathematische Probleme verdeutlicht werden könnten.

Sorge bereitet Jarchow und Pahl aber vor allem, dass das musische Profil der Schule infolge der Reform auf der Strecke bleiben könnte. In der ersten Klasse lernt jedes Kind, auf der Blockflöte zu spielen. Von der dritten Klassenstufe an beginnt die Schule mit dem Aufbau eines Klassenorchesters. Später gibt es für die Schüler die Möglichkeit, an einem klassenübergreifenden Musikunterricht teilzunehmen, im Orchester mitzuspielen oder im Chor zu singen. Wenn – wie in den Reformplänen vorgesehen – die Schüler erst nach der 6.Klasse kämen, wäre so ein „stringentes Angebot“ nicht durchzuhalten, sagt Tamara Jarchow.

Allerdings, und das wird beim Besuch der Schule rasch klar, lebt diese stark von dem Engagement der Eltern. Man erwarte von den Eltern, dass sie sich intensiv um den Schulalltag ihrer Kinder kümmern, sagt Schulleiter Pahl. Darüber rede man offen in den Gesprächen vor der Einschulung.

Wie groß das Engagement ist, zeigt auch die innerhalb weniger Wochen gegründete Schüler- und Elterninitiative „Gib mir Zehn!“, die für den Erhalt der Albert-Schweitzer-Schule kämpft. Eigentlich habe man immer gedacht, dass ihre Schule Vorbild für andere Einrichtungen sei, sagt Jarchow. „Mit der geplanten Schulreform aber haben wir das Gefühl, als würde unserer Schule das Herz herausgerissen.“
